



Dr. Rudolf W. STROHMEIER

**Stellv. Generaldirektor der Generaldirektion Forschung und Innovation
der Europäischen Kommission, Brüssel**

5. Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg

Mensch – Natur – Technik

Für unsere Welt von Morgen

"Die EU-Innovationsunion auf dem Weg zu Europa 2020"

Ansbach, 15. Juli 2011

Herr Staatsminister, sehr geehrte Damen und Herren Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Ich danke den Veranstaltern für die Einladung, gibt sie mir als gebürtigem Weinfranken neben der damit verbundenen Ehre auch die willkommene Gelegenheit die fränkische Heimat zu besuchen, die in Bayern bekanntlich oben liegt.

Aber mein Thema ist die europäische Forschungs- und Innovationspolitik. Meine Damen und Herren, diese ist nicht Selbstzweck. Sie ist von fundamentaler Bedeutung um die Herausforderungen zu meistern, vor denen Europa in den kommenden Jahren steht und die in der Europa 2020 Strategie beschrieben wie ihre Bewältigung aufgezeigt wird

Lassen Sie mich zunächst kurz einige diese Herausforderungen skizzieren:

Erstens: Die Auswirkungen der Schuldenkrise. In den letzten zwei Jahren hat Europa, ausgelöst durch die Finanzkrise in den USA die unsere eigene Schuldenkrise schonungslos offengelegt hat, die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten durchlebt. Deutschland hat sich inzwischen von der Krise erholt, aber große Teile Europas befinden sich immer noch in massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Um ganz Europa aus der Krise zu holen, brauchen wir mehr

Wirtschaftswachstum, speziell in den wirtschaftlich schwächeren Teilen Europas.

Wenn sich Ökonomen einig sind, dann in der Einsicht, dass Innovation eine treibende Kraft für Wirtschaftswachstum ist. Schuldenabbau und Innovationen sind also unerlässlich, wenn wir Europa wieder auf Kurs bringen möchten.

Zweitens: Die Herausforderung durch die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten die durch unsere Energieabhängigkeit noch verschärft wird. Durch Wiedervereinigung und Osterweiterung haben viele in der EU aus den Augen verloren was sich woanders abspielt. Viele unserer Konkurrenten haben in den letzten Jahren ihre Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation massiv erhöht, mit der Ambition, wissensbasierte Volkswirtschaften zu werden. Diese Investitionen zahlen sich aus - um Ihnen ein paar Beispiele zu geben:

Dieses Jahr, 2011, werden sich in China mehr junge Menschen zum Hochschulstudium einschreiben, als in der EU, der USA und Japan zusammen - fast 7 Millionen neue Studierende! Natürlich gilt die Gauss'sche Verteilungskurve der Intelligenz in allen Gesellschaften, aber die absoluten die Zahlen sind dort natürlich erheblich grösser.

Gleichzeitig intensivieren die etablierten Volkswirtschaften wie die

USA und Korea ihre Anstrengungen, um ihre Position als führende Wissensgesellschaften zu halten. Korea wird zB in 2012 5% seines BSP für R&D ausgeben. Nach dem Innovations-'Score-board' der Kommission, hat sich der Abstand Europas zu den innovativsten Volkswirtschaften, den USA und Japan in den vergangenen 5 Jahren vergrößert!

Die USA verdienen dreimal so viel wie Europa an dem Verkauf von Patenten und Lizenzen an das Ausland. Und der Abstand nimmt zu. Gleichzeitig holen Schwellenländer wie Indien und China massiv auf. Der Export von wissensintensiven Dienstleistungen aus China nach Europa wächst doppelt so schnell wie der von Europa nach China. Es wird daher immer schwieriger für unser Europa mit neuen, guten Produkten und Dienstleistungen wettbewerbsfähig zu bleiben, insb. wenn gleichzeitig der Energiehunger dieser Länder unsere Energiekosten immer weiter in die Höhe treibt.

Drittens: Klimawandel. Wenn wir unsere 20/20/20 Ziele erreichen, gleichzeitig aber Wachstum und Arbeitsplätze nicht gefährden wollen werden wir massiv in neue Technologien investieren müssen. Speziell in Deutschland nach dem Atomausstieg wird das allerdings, wie selbst der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg zugibt, zusätzlich nur mit zunehmendem Landschaftsverbrauch möglich sein.

Viertens: Die Herausforderung der demographischen Entwicklung. In

diesem Jahr, 2011, wird Europa die grösste Zahl an verfügbaren Arbeitskräften haben. Ab dem nächsten Jahr wird die Zahl der potenziell arbeitsfähigen Menschen in Europa abnehmen, während die Zahl der Menschen im Ruhestand weiter zunimmt.

Besonders betroffen von dieser demographischen Entwicklung ist Deutschland: Die Zahl der hier geborenen Jugendlichen wird 2030 um fast 30% abnehmen. In manchen Mitgliedstaaten verläuft diese Entwicklung noch dramatischer: So wird die Zahl der in Rumänien geborenen Jugendlichen bis 2030 um fast 40% abnehmen. In vielen Teilen Europas muss daher eine immer kleiner werdende Zahl an arbeitsfähigen Menschen den Wohlstand schaffen, um einer immer größer werdenden Zahl älterer Menschen eine Grundsicherung an Rente und medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Dies ist nur durch einen massiven Anstieg an Arbeitsproduktivität zu erreichen. Und dazu braucht es - Innovationen.

Denn in rasch alternden Gesellschaften wie in den meisten EU-Staaten wachsen neue Ideen nicht mehr einfach nach; man muss sie entweder aus Drittstaaten abschöpfen wie das den USA seit dem 2. Weltkrieg so erfolgreich gelang oder man muss das vorhandene Potenzial stärken.

Hat vor diesem Hintergrund Europa langfristig überhaupt eine Chance, eine führende Wissensgesellschaft zu bleiben mögen Sie nun fragen. Die Antwort ist klar ja, aber dafür müssen wir uns bewegen.

Lassen Sie uns nicht vergessen: Europa ist nach den USA der größte zusammenhängende Markt mit einer hervorragend funktionierenden Rechtsstaatlichkeit – eine unabdingbare Bedingung für Innovation, denken Sie nur an geistiges Eigentum. Funktionierende Rechtsstaatlichkeit ist aber nichts, was sich über Nacht aufbauen lässt. Wir sind hier vielen Wettbewerbern um Jahrzehnte voraus.

Zweitens verfügt Europa über eine große kulturelle und sprachliche Vielfalt – ein einzigartiges Innovationsbiotop für neue Ideen, die aus der Begegnung unterschiedlicher kultureller Traditionen und Sichtweisen entstehen können.

Und drittens: Europa hat das Problem, zumindest intellektuell, erkannt. Mit der sog. „Innovationsunion“ hat die Kommission letztes Jahr ein strategisches Gesamtkonzept vorgestellt mit der die Europe 2020 Strategie umgesetzt werden kann. Der Europäische Rat, also das höchste Gremium der EU, die Staats- und Regierungschefs, hat dieses Konzept im Februar gutgeheißen und gestärkt.

Zur Vorbereitung dieser Strategie hatten wir eine schonungslose Bestandsaufnahme der Schwachstellen gemacht. Um es in einem Wort zusammenzufassen das Sie vielleicht überraschen wird im Kontext der aktuellen Diskussion in Deutschland - gerade über den EURO: es ist das nicht vorhandene Europa, das "non-Europe" das uns schwächt. Drei Beispiele im Forschungs- und Innovationsbereich:

– Erstens: Schutz von Erfindungen durch Patente: Weil es immer noch kein einheitliches Europäisches Patent gibt, kostet ein Patent, selbst wenn es in nur der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten gilt, mehr als das Zehnfache wie in den USA. Dies ist ökonomisch kaum anders zu bezeichnen als eine Steuer auf Innovation.

- Zweitens: Risikokapital: Europa stellt pro Jahr 15 Mrd Euro weniger Risikokapital zur Verfügung als die USA. 15 Mrd. Und dennoch, wenn zB ein niederländischer Fonds in Deutschland oder in einem anderen Land der EU investieren will, braucht er weitere aufwändige Genehmigungen. Können wir uns das leisten?

- Drittens: Die enorme Kaufkraft der öffentlichen Hände in der EU wird praktisch nicht für Innovationen genutzt. Das öffentliche Beschaffungswesen repräsentiert 17% des EU-Bruttosozialprodukts. Im Gegensatz zu den USA, die es mit ihrem Small Business Act gezielt zur Schaffung der Economies of scale für junge, innovative Unternehmen nutzen, lassen wir diese Nachfragepotential für innovative Produkte und Leistungen brach liegen. Das ist nicht länger vertretbar!

Wie sehen also unsere Antworten aus? Ich werde mich auf fünf Themenbereiche beschränken:

- Investitionen in Forschung und Innovation
- Europäischer Forschungsraum
- Innovation und Kohäsionspolitik

- Binnenmarkt für Innovation
- und Europäische Innovationspartnerschaften.

Fangen wir da an, wo die Freundschaft aufhört, beim **Geld**. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen auch in haushaltspolitisch schwierigen Zeiten weiter in Bildung, Forschung, Entwicklung, Innovation und Kommunikationstechnologien investieren. Solche Investitionen sollten möglichst nicht nur von Einschnitten in den Haushalt ausgenommen, sondern ausgebaut werden.

Deutschlands Forschungs-Haushaltsansatz 2011 ist ein gutes Beispiel: ist 7% höher als im Vorjahr. Würde das bis 2020 durchgehalten, käme man zu einer Verdoppelung des Forschungshaushaltes. Wir greifen in unserem Vorschlag für eine neue mittelfristige Finanzplanung auf EU-Ebene dieses Beispiel auf: Von 2014 bis 2020 wollen wir den EU-Forschungshaushalt um immerhin 46% erhöhen. Der Industrie- und Forschungsausschuss des europäischen Parlaments fordert sogar eine Verdoppelung.

Das wird noch spannende Debatten geben, wenn die Nettozahler wie Deutschland, die keine Haushaltsausweitung fordern, sich aber gleichzeitig nicht trauen, in die Agrar- und Strukturpolitiken einzuschneiden. Wichtig ist, dass wir dabei das übergreifende Ziel nicht aus den Augen verlieren: Ausrichtung auf die Prioritäten von Europa 2020 und die Erhöhung des EU-Mehrwerts.

Aber das ist nur eine Seite der Finanzierungsfrage. Europa braucht Dringend mehr private Investitionen in Forschung und Innovation. Das Risikokapital habe ich schon als Schwachstelle erwähnt. Die grenzüberschreitende Investition von Risikofonds im Binnenmarkt werden wir gesetzlich regeln. Aber das reicht nicht. Wir werden auch die EU- Finanzierungsinstrumente stärken, mit dem Ziel, ein Vielfaches von Privatinvestitionen auszulösen.

Zweitens: Europäischer Forschungsraum. Für Forscher und Innovatoren muss die Zusammenarbeit in Europa genauso leicht werden wie die innerhalb eines Mitgliedstaates. Der Europäische Forschungsraum muss innerhalb von vier Jahren verwirklicht, der Rahmen für einen wirklichen freien Austausch von Wissen geschaffen werden. Das wurde so von den Staats- und Regierungschefs bestätigt, aber schon die Übertragbarkeit der Rentenansprüche eines Forschers trifft auf große Probleme. Außerdem können wir es uns nicht mehr leisten, Geld in parallele Forschung zu investieren.

Unser Bildungs- und Forschungswesen muss auf allen Stufen modernisiert werden. Dabei müssen wir Exzellenz noch stärker zu unserem Leitprinzip machen. Wir brauchen mehr Hochschulen von Weltrang, aber dazu müssen wir ihr Qualifikationsniveau anheben auch um die besten Köpfe aus dem Ausland anlocken zu können.

Wir leisten uns in Europa aber Studienabbrecherquoten bis zu 40%, in

den Naturwissenschaften beklagen wir – gerade in Deutschland – dass uns die Ingenieure fehlen, aber wie mir berichtet wird werden z.B. in München im Maschinenbau etwa die Hälfte der Studienanfänger im 1. Jahr wieder herausgeprüft, nicht, weil sie alle ungeeignet wären, sondern weil die Studienplätze in den höheren Semestern fehlen. All dies ist mit einem Europäischen Forschungsraum nicht vereinbar.

Drittens: Innovation und Kohäsionspolitik. Das Potenzial des Europäischen Regionalfonds muss besser ausgeschöpft werden, um Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa auszubauen, unter Zugrundelegung intelligenter regionaler Spezialisierungsstrategien. Angesichts der demographischen Entwicklung ist es unerlässlich, dass wir jeden schlaun Kopf und jeder talentierten Hand in Europa die bestmögliche Ausbildung und Forschungsmöglichkeit geben. Wenn zum Beispiel hochbegabte Ungarn keine Chance bekommen, ihr Talent in Ungarn zu entfalten, oder sie in die USA auswandern, dann ist der Verlust dieser Talente nicht nur ein Verlust für Ungarn, sondern für ganz Europa.

Zum Nutzen von ganz Europa muss weiter ein Weg gefunden werden, um bis zum Ende des Jahrzehntes auch im Süden und Osten Europas wissenschaftliche Exzellenzzentren aufzubauen. Dazu brauchen wir vor allem mehr Ambitionen bei den Konvergenzregionen. Das Beispiel der Entwicklung des Freistaates Bayern – noch vor vierzig Jahren eine deutsche Konvergenzregion - hat gezeigt, wie langfristige

Ambitionen der politischen und ökonomischen Eliten eine innovationsbasierte Wirtschaft zu werden, sich auszahlt – und wozu der Länderfinanzausgleich rund 50 Jahre gute Hilfestellung leistete.

Wir zählen daher auf die Ambition der Konvergenzregionen aber wir müssen ihnen auch solidarisch helfen.

Viertens: Binnenmarkt für Innovation. Das fehlende Europäische Patent habe ich schon erwähnt. Nicht zuletzt durch unsere Innovationsstrategie haben wir erreicht, dass mit dem Instrument der verstärkten Zusammenarbeit nunmehr ein einheitliches Europäisches Patent kommen wird, zunächst leider ohne Spanien und Italien. Die Kostenreduzierung wird bei bis zu 80% liegen.

Aber auch die Normierung und Standardisierung müssen wir mehr zur Schaffung von einheitlichen Märkten für Innovationen nutzen. Wir alle kennen die Erfolge der Europäischen Standards für Mobiltelefone und für Universelle Mobile Telekommunikation (UMTS). Aber das reicht nicht. Wir haben deshalb ein Massnahmenpaket für Standardisierung verabschiedet, das eine Beschleunigung der Standardisierung vorsieht. Das kann bis zur Reglementierung auf europäischer Ebene führen wenn anders die nötige Rechtsicherheit nicht hergestellt werden kann. Sie sehen, ohne Europa geht es im Einzelfall nicht.

Mein letzter Punkt betrifft die **Europäischen Innovationspartnerschaften**. Hier geht es darum, die Forschung, Entwicklung und Markt-

einführung von Innovationen zu beschleunigen, indem die Angebots- mit der Nachfrageseite über die ganze Innovationskette zusammengeführt wird und die verschiedenen Aktionen und Projekte auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene unter ein übergreifendes Ziel gestellt werden. Denn bisher forschen wir und erst wenn wir das Ergebnis haben überlegen wir was wir damit machen. Das war auch in Unternehmen so. Bis dahin haben die Asiaten das Produkt schon auf dem Markt.

Natürlich wissen wir um die Sensitivität in allen Mitgliedstaaten, öffentliche Beschaffungsgelder für innovative Lösungen von außerhalb selbst kommunaler Grenzen auszugeben. Deswegen sollen diese Partnerschaften vorrangig in den Bereichen eingerichtet werden, in denen es um die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen geht, da wir glauben, dass dann eher Akzeptanz zu erreichen ist. Der erste Bereich, in dem wir solche Partnerschaften testen, ist von direkter Bedeutung für uns alle: aktiv und gesund älter werden. Ziel ist es, bis 2020 uns Europäern 2 gesunde Lebensjahre mehr zu ermöglichen. Dazu wird gerade ein Aktionsplan erarbeitet, den wir hoffentlich Ende des Jahres vorstellen und dann zügig in die Tat umsetzen können. Andere Ideen umfassen Intelligente Städte und seltene Rohstoffe

Meine Damen und Herren,

Dies sind nur ein paar Ausschnitte der Innovationsunion. Ihr Nutzen kann aber beträchtlich sein: Wenn wir unser Ziel erreichen, bis 2020 3 % des Bruttoinlandsprodukts der EU für Forschung und Entwicklung auszugeben, könnten wir jüngsten Schätzungen zufolge bis 2025 3,7 Mio Arbeitsplätze schaffen und unser BIP um fast 800 Mrd.€ steigern.

An Herausforderungen mangelt es nicht und Not macht bekanntlich erfinderisch. Die Innovationsunion bietet uns eine Zukunftsperspektive für das Europa von 2020, einen Themenkatalog, eine klare Verteilung der Aufgaben und solide Überwachungsverfahren.

Die grösste Herausforderung dabei wird sein, den Mut zu Europa zu haben, d.h. den Mut zu haben, über die eigenen Grenzen, über die kurzfristigen eigenen Interessen hinwegzuschauen sowie den Mut zu haben, das "non-Europe", gerade im Forschungs- und Innovationsbereich, in eine Innovationsunion umzuwandeln. Wenn Sie es betriebswirtschaftlich sehen: Im globalen Massstab ist die optimale Betriebsgrösse für uns Europäer heute nicht mehr weder ein Freistaat oder der Nationalstaat. Bayern und Baden-Württemberg – Deutschlands Powerregionen – haben zusammen soviel Einwohner wie Shanghai oder Seoul. Die "Metropolregion Nürnberg" ist dann gerade mal ein Stadtteil. Aber allein in China gibt es 10 Städte von der Grösse Shanghais und 40, die auf dem Weg dazu sind.

Anstelle des leider schon viel zu abgenutzten "yes, we can" möchte ich Sie - und alle die an europäischer Forschungs- und Innovationspolitik arbeiten – daher gerade in diesen europakritischen Zeiten mit einem Bonmot ermuntern, das Konrad Adenauer schon 1964 geprägt hat: **"Wer in europäischen Dingen nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist"**.

Vielen Dank!